

## NEWSLETTER

# POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 10. November 2023



Liebe Leserinnen und Leser,

der 9. November ist ein besonders wichtiges Datum der deutschen Geschichte. Im Jahr 1938 brannte an diesem Tag unser Land. In der Pogromnacht wurden Synagogen, jüdische Geschäfte, Häuser und Wohnungen angegriffen, wodurch eine Welle von Gewalt und Verfolgung gegen die jüdische Bevölkerung entfesselt wurde.

Was heute vor 85 Jahren geschehen ist, bleibt uns Mahnung und Verpflichtung zugleich. In diesen Tagen sollten wir uns daran erinnern, was in dieser Hinsicht noch zu tun ist. Wesenskern unserer Republik ist, dass Judenhass und Antisemitismus hier keinen Platz haben. Unsere Solidarität zeigt sich in Taten - "Nie wieder ist jetzt!" darf keine leere Worthülse sein.

Vor dem Hintergrund propalästinensischer Ausschreitungen wurde diese Sitzungswoche in einer aktuellen Stunde des Bundestages über den verstörenden Jubel von Hamas-Sympathisanten angesichts des Terrorüberfalls auf Israel und über gewalttätige Demonstrationen auf unseren Straßen debattiert.

Im Fokus standen außerdem die Beschlüsse des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten zur Eindämmung der illegalen Migration. Die Einigung auf Beschleunigungen in den Verfahren und Rückführungen sowie auf Maßnahmen, um den Zuzug durch Grenzkontrollen und Verfahren in Drittstaaten zu reduzieren, sind ein Anfang. Die Maßnahmen bleiben jedoch hinter dem zurück, was nötig ist, um die illegale Zuwanderung signifikant zu bremsen.

Mehr zu dieser Sitzungswoche lesen Sie im Folgenden. Ich wünsche Ihnen alles Gute.

Ihr

Hermann Färber MdB

### Inhalt

Leitantrag zur  
historischen  
Verantwortung  
Deutschlands

Aktuelle Stunde zur  
irregulären Migration

Aktuelles aus dem  
Agrarausschuss

Rückblick auf Reise  
in die Republik  
Moldau und die  
Ukraine

Terminvorschau



Synagoge in Berlin. Bildquelle: Canva.

### **Historische Verantwortung für Jüdisches Leben in Deutschland**

Seit dem 7. Oktober 2023 wütet der Terror der Hamas gegen Israel. Die Ermordung Unschuldiger, die Tötung ganzer Familien und willkürliche Geiselnahmen zeigen die menschenverachtende Brutalität dieser islamistischen Terrorgruppe. Israel antwortet auf die Angriffe der Hamas im Rahmen seines in der Charta der Vereinten Nationen verbrieften Rechts auf Selbstverteidigung. Zur gleichen Zeit tritt bei Kundgebungen und Demonstrationen in Deutschland Antisemitismus offen zu Tage. Das ist unerträglich und muss Konsequenzen durch unseren Rechtsstaat nach sich ziehen.

In der Debatte "Historische Verantwortung wahrnehmen – Jüdisches Leben in Deutschland schützen" brachte die CDU/CSU 49 Maßnahmen zur Unterstützung Israels und zur Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland ein. Der Staat Israel muss sich unserer anhaltenden Solidarität sicher sein und für die Offensive gegen die Hamas die Unterstützung erhalten, die das Land zur Wiederherstellung seiner Sicherheit benötigt.

Deutschland muss zudem seinen Einfluss in den internationalen Organisationen geltend machen und unmissverständlich Position zugunsten des angegriffenen Staates Israel beziehen. Die Enthaltung der deutschen Bundesregierung bei der einschlägigen Resolution der Vereinten Nationen ist beschämend. Es darf keinen Zweifel geben, wo die demokratischen Kräfte in Deutschland stehen: An der Seite Israels und an der Seite der Jüdinnen und Juden in Deutschland. Diese Solidarität und Gewissheit müssen auch morgen und übermorgen noch gelten, wenn der Krieg im Nahen Osten länger dauern sollte.

### **Aktuelle Stunde: Entschiedene Maßnahmen zur Begrenzung der irregulären Migration treffen**

Die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) hat gemeinsam mit dem Bundeskanzler eine Reihe von Beschlüssen zur Migrationspolitik gefasst. Die Ministerpräsidenten der Union haben gut verhandelt. Die vom Bund zugesagten 7.500 Euro pro Jahr und Flüchtling sind ein Einstieg in das auch von der Union unterstützte "atmende System", bei dem sich die Zahlungen an der jeweiligen Flüchtlingszahl orientieren. Der Betrag ist insgesamt allerdings zu niedrig; die tatsächlichen Kosten pro Flüchtling liegen bei etwa 20.000 Euro. Die Kommunen müssen gemeinsam mit den Ländern die restlichen Kosten tragen, ohne Einfluss auf die Zahl der bei ihnen ankommenden Flüchtlinge zu haben. Bereits seit dem Kommunalgipfel im März 2023 war klar, dass der Bund die Länder und Kommunen bei der Flüchtlingsfinanzierung entlasten muss. Der Kanzler hat die Länder und Kommunen jedoch bis November hingehalten, während der Druck vor Ort weiter anstieg.



## Schwerpunkte der Sitzungswoche

Einige wenige konkrete Maßnahmen enthält der Beschluss zur Steuerung und Begrenzung irregulärer Migration. Hier konnte die Unionsseite gegen den Widerstand des Bundeskanzlers und der Grünen wichtige Forderungen durchsetzen: Wenn Verfahren länger dauern, wechseln bedürftige Asylantragsteller später ins Bürgergeld (36 statt 18 Monate). Leistungen werden zukünftig wo möglich per Bezahlkarte gewährt und Verfahren sollen beschleunigt werden.

Die Beschlüsse der MPK sind ein erster Schritt auf dem Weg zu einer spürbaren Reduzierung der irregulären Migration. Der Kanzler gibt die Beschlüsse als signifikanten Fortschritt aus, jedoch wärmen sie viele altbekannte Ankündigungen auf, die auch nach Monaten noch nicht umgesetzt sind. Von unseren 26 Punkten für eine wirkliche Wende in der Asyl- und Flüchtlingspolitik wurde hingegen nur ein Bruchteil aufgegriffen. Damit die Beschlüsse zum 1. Januar 2024 in Kraft treten können, muss die Ampel die Gesetze dem Bundestag zeitnah vorlegen, sodass die Länder im Bundesrat noch im Dezember abschließend zustimmen können.

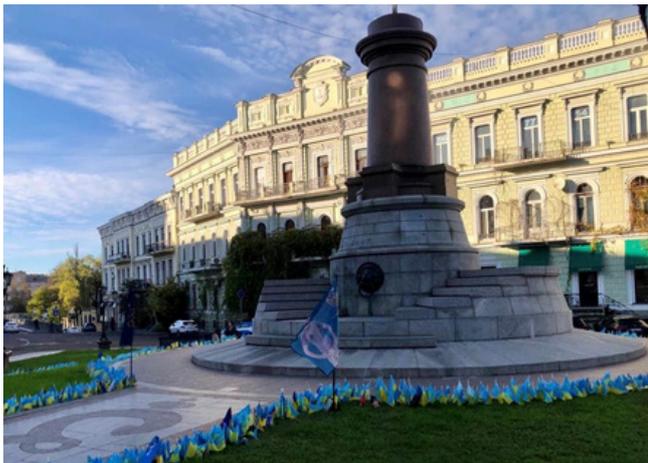
### Aus dem Agrarausschuss

#### Fortbestand des deutschen Weinbaus schützen

Derzeit finden auf EU-Ebene die Verhandlungen zur Maßnahmenverordnung „Sustainable Use Regulation“ (SUR) statt. Dabei geht es um die Regulierung der Verwendung von chemischen Pflanzenschutzmitteln. Die Union spricht sich gegen pauschale Reduktionsziele und großflächige Verbote von zugelassenen Pflanzenschutzmitteln in sensiblen Gebieten, wie z. B. Natur-, Vogel- und Wasserschutzgebieten, aus. Dies betrifft insbesondere die Winzer. Der Weinbau leistet einen enormen Beitrag zu Vitalität und Attraktivität unserer Heimat, zur regionalen Wertschöpfung und zum Erhalt von Kulturlandschaft und Biodiversität. Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir muss bei den EU-Verhandlungen für den Berufsstand eintreten, sonst ist die Existenz vieler Weinbaubetriebe gefährdet.

#### EU-Prämien für Landwirte rechtzeitig auszahlen

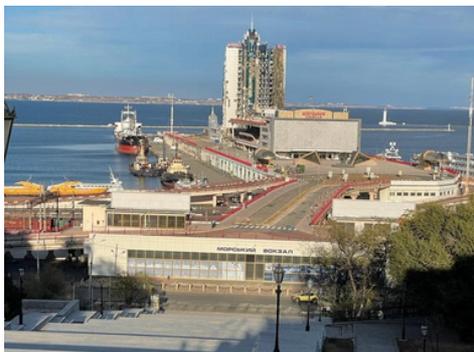
Einzelne Bundesländer haben erklärt, dass sie die EU-Agrarzahlungen nicht wie üblich Ende 2023 den landwirtschaftlichen Betrieben auszahlen werden, da der Bund aufgrund gestiegener Kreditzinsen nicht bereit ist, die erforderliche Zwischenfinanzierung zu übernehmen. Erschwerend kommt hinzu, dass die GAP-Reform aufgrund der verspäteten deutschen Einreichung des Strategieplans bei der Kommission zur Folge hat, dass den unteren Landwirtschaftsbehörden die für die Antragsbearbeitung erforderlichen IT-Systeme später als üblich zur Verfügung stehen. Das Zeitfenster für die erforderlichen Kontrollen der Anträge und Flächen vor Beginn der Auszahlungen ist damit wesentlich kürzer als in den Vorjahren. Daher wird es voraussichtlich dieses Jahr unter anderem in Baden-Württemberg nicht möglich sein, dass alle Antragstellerinnen und Antragsteller noch vor dem Jahreswechsel ihre Direktzahlungen überwiesen bekommen. Viele landwirtschaftliche Betriebe sind jedoch darauf angewiesen, dass die ihnen zustehende Summe pünktlich ausgezahlt wird, denn diese sind einkalkuliert. Ich hoffe dass es nicht dazu kommt, dass Landwirtinnen und Landwirte extra Kredite zu hohen Zinsen für die Zwischenfinanzierung aufnehmen müssen. Die Bundesregierung muss ihre koordinierende Funktion wahrnehmen und rasch für Klarheit und Verlässlichkeit sorgen - und vor allem in Zukunft in Brüssel die vorgegebenen Zeitrahmen einhalten.



## Reise in die Republik Moldau und die Ukraine

In der vergangenen Woche war ich in Chişinău, Republik Moldau und in Odessa, Ukraine, unterwegs. In Odessa habe ich mit meinen Kollegen ein Agrarunternehmen und das Getreideterminale Neptune besucht sowie Gespräche mit dem stellvertretenden Minister für Agrarpolitik und Ernährung und dem Vorsitzenden des Ausschusses für Agrar- und Bodenpolitik der Ukraine geführt. Wichtigstes Anliegen ist hier der Schutz der ukrainischen Infrastruktur zur Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion und der Schwarzmeerroute. Wenn die Sirenen heulen, werden Schutzräume wie Keller oder Innenräume ohne Fenster aufgesucht. Auch unsere Delegation war von einem Luftalarm betroffen.

In Chişinău hat unsere Delegation ein Gespräch mit der Deutschen Botschafterin, I.E. Margaret Maria Uebber, zur Lage und Entwicklung des Landes stattgefunden. Außerdem haben wir uns mit dem Arbeitsminister Alexei Buzu zu den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und den Flüchtlingsströmen ausgetauscht und durften eine Flüchtlingsunterkunft für alte und behinderte Menschen aus der Ukraine besuchen. In Moldau ging es auch um das Voranschreiten der Reformprozesse mit Blick auf eine EU-Mitgliedschaft, insbesondere bei der Justiz und Korruptionsbekämpfung. Im Rahmen eines Mittagessens konnten wir uns außerdem mit dem Minister für Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie der Republik Moldau zur Entwicklung der Agrarwirtschaft in seinem Land austauschen.



Bildquelle: Hermann Färber

## Terminvorschau

- 11. November: Austausch mit dem Bürgerrat Ernährung im Bundestag in Berlin
- 14. November: Rundgang der Arbeitsgruppe Ernährung & Landwirtschaft der CDU/CSU-Fraktion auf der AGRITECHNIKA in Hannover
- 15. November: Fachgespräche ländlicher Raum mit dem Landfrauenverband im Bundestag
- 20. November: 16 bis 18 Uhr Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro in Süßen und danach digitale Kreisvorstandssitzung der CDU Göppingen
- 22. November: Besuch im Wahlkreis von Yannick Bury MdB in Emmendingen
- 23. November: Hauptversammlung der CDU Böhmenkirch
- 24. November: Vorstandssitzung der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SGDW) mit Waldbegehung
- 25. November: Sitzung des Landesfachausschusses Ländlicher Raum in Feldberg im Schwarzwald

### Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: [www.hermann-faerber.de](http://www.hermann-faerber.de)

### Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

### Kontakt

Wahlkreisbüro  
Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen  
Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030 22 77 36 58

Email: [hermann.faerber@bundestag.de](mailto:hermann.faerber@bundestag.de)